

Dr. Ottfried Henning

**EINHEIT ALS AUFTRAG –  
Für ein europäisches  
Deutschland**

**Dresdener Kathedralvorträge  
Heft 5**

**Ordo socialis**

**Original** (published in German):

Dr. Ottfried Hennig:

EINHEIT ALS AUFTRAG - Für ein europäisches Deutschland

Dresdener Kathedralvorträge, Heft 5

Published by: Aktion Katholischer Christen im Bistum Dresden-Meißen  
in Kooperation mit ORDO SOCIALIS

Print: Bonifatius GmbH, Druck • Buch • Verlag, Paderborn, 1990

ISBN: 3-87088-633-3

**Publication and digitalization sponsored and organized by:**

ORDO SOCIALIS

Academic Association for the Promotion of Christian Social Teaching

Wissenschaftliche Vereinigung zur Förderung der Christlichen Gesellschaftslehre e.V.

The members of the board are published in the website: [www.ordosocialis.de](http://www.ordosocialis.de)

Head Office: Georgstr. 18 • 50676 Köln (Cologne) • Germany

Tel: 0049 (0)221-27237-0 • Fax: 0049 (0)221-27237-27 • E-mail: [gf@ordosocialis.de](mailto:gf@ordosocialis.de)

Digitalized by Svetoslav Obretenov, 2008

Lay-out and supervision: Dr. Clara E. Laeis, Managing Director, 2008

**The rights of publication and translation are reserved and can be granted upon request.  
Please contact ORDO SOCIALIS.**

# INHALTSVERZEICHNIS

I. VORBEMERKUNG.....	4
II. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS DER „DRITTE WEG" .....	6
Der Mensch als Person.....	6
Wohlstand durch Leistung .....	6
III. AUFGABEN UND VERPFLICHTUNGEN .....	8
Die Angstkampagne .....	8
IV. DER BEITRAG DER MITTELDEUTSCHEN ZUR DEUTSCHEN VEREINIGUNG .....	10
DDR: Gescheitert an der Idee der Freiheit.....	10
Selbstreinigung tut not .....	11
V. DEUTSCHLANDPOLITIK AUF DER BASIS DER MENSCHENWÜRDE .....	13
Festhalten am Verfassungsauftrag .....	13
Eintreten für eine Änderung des Status quo .....	14
VI. DEUTSCHLAND UND EUROPA .....	15
Die Ostpolitik des Westens .....	15
Geistige und religiöse Impulse.....	16
Das Europäische Haus der Freiheit.....	16
VII. ZUM DEUTSCH-POLNISCHEN VERHÄLTNIS .....	17
Forderung nach historischer Wahrhaftigkeit .....	17
Abbau aller Feindbilder.....	17
VIII. OFFENE GRENZEN IN EUROPA .....	19
Deutschland ist keine Bedrohung .....	19
Ein europäischer Bundesstaat .....	20
Verbrechen der Vertreibung.....	20
IX. DIE LEISTUNG DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN.....	22
Unverlierbare Heimat.....	22
X. SELBSTBESTIMMUNG AUCH FÜR DIE DEUTSCHEN.....	24
Westliche Wertegemeinschaft.....	24
„Söhne und Töchter eines liebenden Gottes" .....	24

## I. VORBEMERKUNG

Bitte erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen, bevor ich mich dem Thema im engeren Sinne zuwende.

Zum einen: Ich weiß, dass es für einen Laien keine alltägliche Sache ist, in einer katholischen Kirche zu sprechen. Ich danke Ihnen sehr, Eminenz, für diese Einladung, die mir eine Ehre ist.

Zum zweiten: Gerade in Dresden über Deutschland und Europa zu sprechen, in dieser vom Krieg geschundenen Stadt, wird nie mehr etwas Alltägliches sein können. Das Schicksal der wegen ihrer architektonischen Schönheit, ihrer historischen und kulturellen Bedeutung gerühmten sächsischen Metropole macht deutlich: Es muss für immer erstes Ziel unseres politischen Handelns sein, Freiheit und Frieden zu sichern für Deutschland und Europa. Dieser doppelte Zusammenhang - Freiheit und Frieden für Deutschland und Europa - ist unaufhebbar.

Nur ein Staat, in dem auch die Bürger frei sind, kann frei und demokratisch sein, und nur ein solcher Staat, frei von Unterdrückung nach innen und Bedrohung nach aussen, frei von ideologischer Bevormundung und militärischer Gefahr für seine Nachbarn, ist friedlich. Ein Staat, der seine Truppen in ein Nachbarland einmarschieren lässt, um den Menschen dort die freie Entscheidung zu nehmen und ihnen eine Ideologie aufzuzwingen, verhält sich friedensfeindlich. Freiheit und Frieden bilden einen unaufhebbaren Zusammenhang - für das innerstaatliche Zusammenleben der Bürger wie für die zwischenstaatlichen Beziehungen.

Es kann dabei nicht um irgendeine Freiheit gehen, gar um ein individualistisch-liberalistisches Freiheitsverständnis, wie es die klassischen kapitalistischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts bestimmte. In manchen Ländern ist das leider auch heute noch Realität: Es sind Gesellschaften, in denen der Stärkere nimmt, was er bekommen kann, und in denen der Schwächere auf der Strecke bleibt.

In westlichen Demokratien mit Sozialstaatscharakter, für die der Begriff „kapitalistisch“ eher eine propagandistische Diffamierung als eine Realitätsbeschreibung ist, gibt es noch eine spezifische Variante dieses individualistisch-liberalistischen Freiheitsverständnisses.

Für diese Variante steht das Lebensziel einer missverstandenen „Selbstverwirklichung“. Allzu oft beeinträchtigt ein individualistisches und auch hedonistisches Verständnis der „Selbstverwirklichung“ das Recht unseres Nächsten und die Fürsorge, die wir ihm schulden.

Diese „Selbstverwirklicher“ verstehen sich selbst als „progressiv“; nicht selten zeichnen sie sich durch linkes oder alternatives Reden und in der Praxis durch ein gestörtes Sozialverhalten aus. Sie sind Meister in der Auffindung und exzessiven Inanspruchnahme vermeintlicher oder tatsächlicher Sozialstaatsverpflichtungen. Diese Menschen ignorieren, dass die Gemeinschaft aller den Sozialstaat finanzieren muss, dessen Leistungen für die unter uns vorgesehen sind, die ihrer tatsächlich bedürfen.

Wie der Anhänger eines individualistischen Freiheitsbegriffs verweigert auch der Anhänger eines kollektivistischen Freiheitsverständnisses die Anerkennung der Würde und der Rechte anderer. Ist es im einen Falle das ökonomische und politische Faustrecht, so ist es im anderen Fall der durch eine Ideologie bzw. die Herrschenden bestimmte Kollektivzweck. Wer sich selbst als unfehlbare Vorhut definiert, wer sagt, dass die Partei immer recht hat, erweist sich als zynisch, als freiheitsfeindlich und damit als friedensunfähig.

Der fremdbestimmte Kollektivzweck setzt der Freiheit des einzelnen Menschen willkürliche Grenzen. Diese Grenzen werden zusätzlich eingeengt durch die in der Geschichte hinlänglich bewiesene Tatsache, dass Sozialisten weder in der Lage sind, funktionierende ökonomische Konzeptionen zu entwickeln, noch mit dem Geld umzugehen, das sie den hart arbeitenden Menschen weggenommen haben.

## **II. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS DER „DRITTE WEG“**

### **Der Mensch als Person**

Der viel beschworene dritte Weg zwischen Individualismus und Kollektivismus, politisch und ökonomisch übersetzt: zwischen Kapitalismus und Sozialismus, muss nicht erst gefunden werden. Er ist uns durch die christliche Gesellschaftslehre längst gewiesen. Die Soziallehre der Kirche ist aus der Frohen Botschaft unseres auferstandenen Erlösers und der christlichen Tradition unter Berücksichtigung der modernen Sozialwissenschaften entwickelt worden, aber sie bietet auch dem Nichtgläubigen oder dem Nichtchristen überzeugende soziale und politische Leitlinien. Ich stelle dies nicht als meine persönliche Überzeugung fest, vielmehr ist das eine Erfahrung, die wir in der sozialen und politischen Praxis gewonnen haben.

Der Mensch als Person, als soziales Wesen, im Mittelpunkt der Welt. Durch die soziale Einbindung wird die personale Existenz und Koexistenz anerkannt und konkret geübt. Sie drückt sich aus in dem Solidaritätsprinzip, das durch das Subsidiaritätsprinzip die organisatorisch geregelte Verwirklichung menschlichen Gesellschaftslebens findet. Allen Menschen, und nicht nur den stärkeren oder jenen, die dem Kollektivzweck nützlich erscheinen, kommt dieselbe personale Würde und kommen damit auch dieselben Rechte zu. Praktisch bedeutet dies, dass die Menschen - trotz unterschiedlicher weltanschaulicher oder politischer Überzeugungen - in der Gemeinschaft, für die der Staat den Rahmen bildet, solidarisch zueinanderstehen und dem subsidiär beistehen, der der Hilfe bedarf.

Von dieser Konzeption und dieser Grundüberzeugung ausgehend, haben im besonderen engagierte Christen die Grundlagen für die freiheitliche demokratische und soziale Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gelegt; als ökonomisches Modell haben sie die Soziale Marktwirtschaft entwickelt. Engagierte Christen wie der Katholik Konrad Adenauer und der Protestant Ludwig Erhard standen nach dem Zusammenbruch von 1945 für diese Politik, so wie heute mit dem Protestanten Richard von Weizsäcker und dem Katholiken Helmut Kohl engagierte Christen an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland stehen.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland kein perfektes System aufgebaut — die menschliche Unzulänglichkeit, von der wir als Christen im Unterschied zu den Anhängern totalitärer Ideologien ausgehen, schließt einen solchen Anspruch aus. Wir wissen, dass in dieser Welt nichts Vollkommenes existiert.

### **Wohlstand durch Leistung**

Aber wir haben nach dem militärischen, wirtschaftlichen, politischen und nicht zuletzt dem moralischen Zusammenbruch von 1945 ein Gemeinwesen errichtet, das demokratische Freiheiten, soziale Sicherung und wirtschaftlichen Wohlstand, Frieden nach innen und nach aussen in einem Maße ermöglicht und gewährleistet, wie dies nie zuvor in der deutschen Geschichte der Fall war. Wir sind darauf stolz, weil uns das nicht einfach zugefallen ist: die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber, die Kulturschaffenden, die Bürger und die Politiker, die Vertreter der Kirchen - ohne die Mitwirkung so vieler wäre das nicht möglich geworden.

Unser Wohlstand ist uns nicht einfach zugefallen: Wir haben dafür hart gearbeitet. Dies festzustellen ist notwendig, aber die Feststellung ist andererseits nur zulässig, wenn wir offen sind für das Schicksal unserer Landsleute, die durch den geographischen und historischen Zufall hinter jenen Eisernen Vorhang gerieten, den nach dem Ende des Diktators Hitler der

Diktator Stalin mit Hilfe deutscher Kommunisten mitten durch Deutschland und mitten durch Berlin herunterließ.

Den Deutschen zwischen Harz und Oder, zwischen Ostsee und Erzgebirge ist eine wirkliche Chance zum Aufbau eines freien, offenen, demokratischen Gemeinwesens nie gegeben worden. Selbst eine angemessene Entlohnung ihrer beruflichen Lebensleistung und ein angemessener Lebensstandard sind ihnen durch den Sozialismus verwehrt worden. Vielmehr ist dieser Teil Deutschlands wirtschaftlich in seiner Substanz geschädigt, einige Bereiche der Wirtschaft sind nicht mehr reparabel. Der Zustand der Bausubstanz ist ein Zeugnis kultureller Ignoranz und einer Wohnungspolitik, die elementare Rechte und Bedürfnisse der Menschen missachtet. Der Raubbau an den Ressourcen und der Umwelt ist beispiellos in der deutschen Geschichte. Der lebenserhaltende Grundsatz, dass wir unsere Umwelt nicht von den Vorfahren ererbt, sondern von unseren Kindern und Enkeln geborgt haben, hat das elitäre Selbstverständnis der DDR-Sozialisten nie irritieren können.

40 Jahre Sozialismus in der DDR heisst 40 Jahre ökonomisches, ökologisches, gesellschaftliches und vor allem moralisches Versagen. 40 Jahre hat die SED/PDS hier die alleinige Macht gehabt - folglich trägt sie auch die Verantwortung. Der Hinweis auf irgendwelche Mitläufer kann diese zentrale Tatsache nicht relativieren.

### **III. AUFGABEN UND VERPFLICHTUNGEN**

Aus dem Zustand dieses deutschen Teilstaates und aus dem Schicksal der Menschen, die hier leben und arbeiten mussten, denen ideell und materiell soviel vorenthalten wurde, ergeben sich Verpflichtungen: Verpflichtungen, die hier zu erfüllen sind, und Verpflichtungen für uns in der Bundesrepublik Deutschland.

Jene, die für 40 Jahre Unrecht und Misswirtschaft verantwortlich sind, müssen politisch und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze zur Verantwortung gezogen werden. Ich halte es zum Beispiel für einen erwägenswerten Gedanken, leitende Funktionäre und politische Verantwortungsträger des alten Regimes sowie ihre Helfershelfer aller noch nachwirkenden Privilegien zu entheben und die eingesparten Gelder sowie das dem Volk gestohlene Vermögen der Staatspartei und des Staatssicherheitsdienstes zur Entschädigung der Opfer des Sozialismus zu verwenden, im besonderen der ehemaligen politischen Gefangenen.

Das sind Aufgaben, die hier und bald zu lösen sind. Aber ich habe auch von Verpflichtungen gesprochen, die sich für jene Deutschen ergeben, die historisch und politisch das bessere Los gezogen haben. Ich spreche von uns in der Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen in Solidarität und in zumutbarem Rahmen vor allem die materiellen Konsequenzen der bevorstehenden (Wieder-)Vereinigung mittragen. Ich stimme meinem Parteifreund Lothar de Maiziere zu: Die Teilung kann nur überwunden werden, wenn wir zum Teilen bereit sind. Wir sind dazu bereit. Wir wissen: Alle Deutschen haben den Krieg verloren, und nicht nur die, die von einer Diktatur in eine andere geraten sind.

Der Bundeskanzler hat als erste Etappe auf dem Weg zur Wiedervereinigung den Aufbau einer Wirtschaftsgemeinschaft sowie einer Währungs- und Sozialunion vorgeschlagen und durchgesetzt. Nicht zuletzt bei der schwierigen Frage des Umtauschkurses hat er gezeigt, dass er ein Mann ist, der alles in seiner Macht Stehende tut, um die Einheit Deutschlands herbeizuführen. Ich wüsste niemanden außerhalb der DDR, der mehr für die Einheit getan hat.

#### **Die Angstkampagne**

1:1 ist mehr als ein Wechselkurs - es ist auch ein Symbol. Den Kritikern hier in der DDR möchte ich deutlich sagen, dass auch die Möglichkeiten der Bundesrepublik nicht unbegrenzt sind, und sie daran erinnern, zu weichen Kursen noch vor wenigen Wochen privat getauscht wurde. Es geht aber nur für den Stichtag 2. Juli, also unter zeitlichen Gesichtspunkten prioritär um den Wechselkurs: Inhaltlich geht es primär darum, Leistungen in der DDR wieder wirtschaftlich attraktiver zu machen. Beim Anschieben können und werden wir aus der Bundesrepublik helfen. Laufen müssen die Produktionsstätten in der DDR mit Hilfe des Einsatzes aller Beschäftigten.

Die Diskussion um die Währungsunion hat mich persönlich aber auch aus einem anderen Grund nachdenklich gemacht. Ich kann verstehen, dass manche Menschen in der DDR Unsicherheit befällt angesichts einer scheinbar ungewissen Zukunft. Mit ihrer Unsicherheit politisch zu spielen, sie in Angst zu versetzen und damit eigene politische Ziele zu verfolgen, ist die denkbar mieseste Art, Politik zu betreiben. Gerade jene haben diese Angstkampagne betrieben, die für soviel menschliche Not und materielles Elend in den letzten 40 Jahren verantwortlich sind. Die Angstkampagne zeigt, dass sich die neue Führungsschicht der SED/PDS in ihrer politischen Moral nicht grundsätzlich von der früheren Parteiführung unterscheidet.

Ich betone noch einmal: Die Bundesregierung hat nichts versprochen, was sie nicht auch gehalten hat oder halten wird! Wir betreiben eine verantwortungsbewusste Politik, und das gilt in besonderer Weise für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten - von dieser Politik sind schließlich alle Menschen in Deutschland betroffen.

## **IV. DER BEITRAG DER MITTELDEUTSCHEN ZUR DEUTSCHEN VEREINIGUNG**

Sie, unsere Landsleute aus Mecklenburg und Vorpommern, Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt oder Sachsen, kommen nicht mit leeren Händen: Sie bringen Erfahrungen in die Vereinigung mit, die wir in Westdeutschland nicht oder nicht mehr immer im notwendigen Maße haben, Gefühle und Einstellungen wie die Hilfe im täglichen Leben, die funktionierende Nachbarschaftshilfe und vieles mehr. Die, wie ich meine, wichtigste Minderheit in diesem Teil Deutschlands bringt eine Erfahrung ganz besonderer Art in das eine Deutschland ein: die Bewahrung und Bewährung christlichen Glaubens und Lebens in einer glaubens- und kirchenfeindlichen Umwelt.

Es sind die Menschen aus Mitteldeutschland, die Wichtiges in das sich vereinende Deutschland einbringen — nicht das System. Was sollten wir in einem demokratischen, freien, um soziale Gerechtigkeit bemühten Gesamtdeutschland von einem System übernehmen, das den Staat als Herrschaftsinstrument einer Klasse definiert und die Verfassung zu einer bloßen Funktion des Programms der Staatspartei degradiert hat? Der frühere Bundesverfassungsrichter Hirsch hat dazu vor wenigen Tagen erst das Notwendige gesagt, er habe nichts in der DDR gefunden, was in eine gesamtdeutsche Verfassung übernommen werden müsste. In der Tat: Wer glaubt, hier unter Hinweis auf die Potjemkinschen Dörfer des Sozialismus dieses Systems verteidigen zu müssen, erinnert mich an andere Uneinsichtige, die mit dem Hinweis auf die Reichsautobahnen das Regime vor 1945 in Schutz nehmen.

Diejenigen, so Verfassungsrichter Hirsch, die eine Änderung des Grundgesetzes verlangten, sollten sagen, was sie meinten. Und sehr drastisch fügte der Sozialdemokrat Hirsch hinzu, die Forderung nach Aufnahme des „Rechtes auf Arbeit“ in die DDR-Verfassung sei „Quatsch“: „In einer freien Wirtschaft kann es kein Recht auf Arbeit geben, sondern da muss es Arbeitsplätze geben.“

Dass hier, dies füge ich sehr entschieden hinzu, die praktische Seite des Subsidiaritätsprinzips greifen muss, dass wir den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ideell und materiell helfen müssen, dass wir uns um neue Arbeitsplätze bemühen, dies alles versteht sich von selbst. Die Bundesregierung ist in diesem Bereich übrigens so erfolgreich wie keine andere Regierung Europas. Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland fünfhunderttausend Arbeitsplätze mehr als noch zu Beginn des vergangenen Jahres: Das System der Sozialen Marktwirtschaft funktioniert, und wir wären töricht, an diesem System herumzuexperimentieren, um das uns unsere Nachbarn beneiden.

### **DDR: Gescheitert an der Idee der Freiheit**

Die Deutschen hier in der DDR können Wichtiges in das eine Deutschland einbringen - nicht das System. Insofern ist die Diskussion um den sogenannten „Anschluss“ an die Bundesrepublik Deutschland gefährlich, und die Demagogen, die diese Diskussion angezettelt haben, sind dieselben, die die Deutschen hier vier Jahrzehnte lang betrogen haben. Es geht nicht um die Kapitulation der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland - es geht um etwas ganz anderes: In der friedlichen Revolution der DDR, in der Demokratisierungsbewegung, die hier begonnen hat, hat die Idee der personalen Freiheit, der pluralistischen Demokratie, über die Ideologie des kollektivistischen Sozialismus und der sozialistischen Diktatur gesiegt. Marx, Engels, Lenin, Stalin und deren Epigonen in der SED/PDS - diesen Etikettenschwindel mache ich nicht mit -, sie sind gescheitert an der Idee der Freiheit. Es ist die Idee der Freiheit, die der personalen Würde des Menschen entspricht,

dem Menschenbild, das aus der christlichen und - ich füge das sehr bewusst hinzu - der jüdischen Tradition stammt.

Jene, die so lange die Freiheit unterdrückt und Menschen gequält haben, suchen durch formale Distanzierung von der Vergangenheit und Parteiausschluss der bekanntesten Übeltäter langfristig eine neue Chance der Machtergreifung. Alles nach dem Motto ‚Wir sind es nicht gewesen‘; die eigentlich gute Idee des Sozialismus sei missbraucht worden, und man suche jetzt nach einem neuen humanistischen Sozialismus, einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz.

Ich weiß sehr wohl, dass wir den „real-existierenden Sozialismus der DDR“ nicht ohne weiteres gleichsetzen können mit dem Nationalsozialismus. Aber in Anlehnung an Johannes Groß, einen der wichtigen deutschsprachigen Publizisten unserer Zeit, möchte ich doch fragen, was wohl gewesen wäre, wenn „die besseren Parteigenossen“ 1945 auf die Idee gekommen wären, „nach dem Faschismus mit menschlichem Antlitz zu suchen“?

Nein, der Sozialismus muss und wird dorthin verschwinden, wohin er gehört: in den Orkus der Geschichte.

Mehr als 40 Jahre sind die Menschen in diesem deutschen Teilstaat im Namen des Sozialismus um die Früchte ihrer Arbeit betrogen worden. Sie wurden belogen und gedemütigt, eingeschüchtert und durch die sozialistische Staatsführung regelrecht bestohlen. Tausende haben unendliches persönliches Leid tragen und ertragen müssen, die Zerreißung von Familien, fortgesetzte Verunsicherung, Haft und Folter, den Tod. junge Menschen, im besonderen engagierte Christen, Katholiken und Protestanten, sind ihres Glaubens wegen gesellschaftlich diskriminiert, vom beruflichen Aufstieg ausgeschlossen worden.

Vor diesem Hintergrund kommt es manchen wie ein Wunder vor, dass die Revolution, die im Herbst vorigen Jahres hier stattfand, unblutig verlaufen ist. Niemand übte Rache, und die Rache ist auch nicht zu einem künftigen Programm erhoben worden. Hier haben im besonderen Christen friedlich zum Sturz eines Unrechtregimes beigetragen, und sie verhalten sich christlich.

### **Selbstreinigung tut not**

Wer persönliche Schuld auf sich geladen hat, wird sich - so verstehe ich die demokratisch legitimierte Regierung der DDR - dafür in rechtsstaatlichen Verfahren verantworten müssen. Die, die den Befehl zur Folterung politischer Häftlinge oder zur Ermordung von Flüchtlingen gaben, sind ebenso schuldig wie jene, die die Tat ausführten. Eine Amnestie kann es in einem Rechtsstaat für vieles geben, nicht aber für schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Ich habe Verständnis für den Deutschen aus der DDR, der mir letztthin sagte, angesichts der Vergangenheit sei die SED/PDS für ihn weit eher eine kriminelle Vereinigung als eine demokratische Partei. Das letztere ist sie gewiss nicht. Niemand hat seit dem Zweiten Weltkrieg die Begriffe Freiheit und Demokratie schändlicher missbraucht als die Sozialisten im Osten. Das Register sozialistischer Verfehlungen ist lang - es reicht vom Luxus der Funktionäre über Wahlfälschungen bis zu Terror und Mord. Die Vergangenheitsbewältigung, die schonungslose Bilanz, ist eine notwendige Voraussetzung für den Neubeginn — und diese Aufgabe dürfen die Deutschen nicht vor sich herschieben, nur weil sie unangenehm und auch schmerzhaft ist. Vergangenheitsbewältigung ist ein Stück Selbstreinigung — denn auch die, die Schuld auf sich geladen haben, gehören zu unserem Volk.

Manches wurde bereits in Angriff genommen, hilfreich kann auch die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter sein. Aus Berichten früherer politischer Gefangener in der DDR weiß ich, dass bisweilen die bloße Erwähnung des Begriffs Salzgitter manchen Aufseher von schlimmerer Behandlung der Gefangenen abhielt. Diese Gefangene hatten in vielen Fällen kein „größeres Verbrechen“ begangen, als ihre elementaren Menschenrechte wahrzunehmen - das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Freizügigkeit, auf Versammlungsfreiheit oder Religionsfreiheit. Die Berichte dieser Menschen gehören zu den bewegendsten Erfahrungen meines politischen Arbeitens.

## **V. DEUTSCHLANDPOLITIK AUF DER BASIS DER MENSCHEN- WÜRDE**

Um so unverständlicher, ja schmerzhafter habe ich Forderungen demokratischer Politiker in der Bundesrepublik empfunden, die willfährig die Forderung Honeckers aufgegriffen und die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle forderten. Sozialdemokratische Ministerpräsidenten haben ihre Finanzierung eingestellt, als sie sich mit der weitergehenden Forderung nach Auflösung nicht durchsetzen konnten.

### **Festhalten am Verfassungsauftrag**

Nicht Schuld, aber deutschlandpolitische Mutlosigkeit und schlimme Fehleinschätzungen gilt es auch in der Bundesrepublik zu bekennen. Gegen die Kritik vieler Teile der Medien und die Angriffe der Opposition hat die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl über lange Jahre hinweg die Grundposition der Deutschlandpolitik verteidigt, die früher einmal Gemeingut aller Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland gewesen war. Wir haben keine der „Gerarar Forderungen“ des Herrn Honecker akzeptiert - von der Abschaffung Salzgitters bis zur Anerkennung einer sogenannten DDR-Staatsbürgerschaft. Hätten wir diesen von unserer Opposition unterstützten Forderungen nachgegeben, hätte dies die endgültige Spaltung Deutschlands bedeutet: das Ende der Nation.

Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Es wäre unseren Botschaften im Herbst 1989 nicht möglich gewesen, den Botschaftsflüchtlingen in Prag und Warschau in irgendeiner Weise zu helfen. Wir hätten sie als Ausländer behandeln und ohne jeden Schutz aus unseren Vertretungen weisen müssen. Wir alle hier wissen, wie das Schicksal dieser Menschen nach der Rückkehr in die DDR ausgesehen hätte.

Die Massenflucht von Deutschen aus der DDR über die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland war von uns weder gewünscht noch wurde sie von uns gefördert; wir sahen uns aber verfassungsrechtlich und moralisch zur Hilfe verpflichtet. Faktisch war die Fluchtbewegung über Ungarn - wofür die Deutschen der ungarischen Regierung und dem ungarischen Volk historischen Dank schulden - und über die Botschaften ein wichtiger Aspekt der friedlichen Revolution in der DDR. Die Bilder unserer völlig überfüllten Botschaften gingen im September und Oktober 1989 um die Welt; seit dem August 1961 hatte es für uns Deutsche und unser nationales Problem kein vergleichbares internationales Interesse gegeben. Friedliche Massendemonstrationen in der DDR und die gleichzeitige Fluchtbewegung, die nach Zehntausenden zählte, waren Voraussetzungen für den 9. November 1989.

Erinnert sei bei der Erwähnung dieses Datums auch an den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, der ironisiert und als „kalter Krieger“ apostrophiert wurde, als er im Juni 1987 vor dem Brandenburger Tor an den sowjetischen Generalsekretär appellierte: „Mr. Gorbatschow, open this gate! Mr. Gorbatschow, tear down this wall!“ — „Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor, reißen Sie diese Mauer nieder!“

Manchmal konnte man in der Vergangenheit den Eindruck gewinnen, dass ausländische Demokraten sich mutiger zur Sache der Deutschen äußerten als viele deutsche Politiker gerade auch in der Bundesrepublik Deutschland. Für den langjährigen Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Günter Gaus, etwa war die Forderung nach dem Verschwinden der Berliner Mauer noch im Juli 1989 eine „Parole, losgelöst von jeder Realität“ - die Mauer könne nicht einfach „über Nacht“ verschwinden.

Vier Monate später war sie nicht über Nacht verschwunden, aber über Nacht geöffnet und damit ihrer größten Brutalität entledigt.

### **Eintreten für eine Änderung des Status quo**

Es war keine rückwärtsgewandte, perspektivlose Deutschlandpolitik, die uns, die Bundesregierung, veranlasste, konsequent am Auftrag des Grundgesetzes festzuhalten und unbeirrt für die Einheit in Freiheit einzutreten. Diese Politik der Freiheit hat vielmehr die einzige menschenwürdige und zukunftsgerichtete Perspektive geboten. Wer sich wie frühere Bundesregierungen mit dem Status quo abfand, ignorierte das Freiheitsstreben der Menschen, fand sich damit ab, dass Deutschland und Europa geteilt waren: Menschen mit demokratischen Freiheiten und respektablem Wohlstand auf der einen Seite, kommunistische Unterdrückung und Verweigerung wirtschaftlicher Chancen auf der anderen Seite. Diese politische Konzeption akzeptierte Stalin Jahrzehnte nach seinem Tod immer noch faktisch als Weltenrichter.

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich mit dem Status quo in Berlin, Deutschland und Europa nie abgefunden. Wir haben offen gesagt, dass wir diesen Status quo friedlich überwinden wollen in Richtung auf immer mehr Freiheit und Demokratie für alle Deutschen und alle Europäer. Wegen dieses für uns unauflösbaren Zusammenhangs der deutschen und der europäischen Frage sind wir oft getadelt worden. Dieser europäische Weg, so andere Kritiker, führe nicht zur Einheit, bedeute eine Absage an die Wiedervereinigung.

Auch diese Kritik mussten wir zurückweisen. Wir wissen alle, dass Deutschland nicht in erster Linie geteilt ist, weil es den Zweiten Weltkrieg verloren hat, sondern als Ergebnis des sowjetischen Expansionismus und des darauf zurückzuführenden Kalten Krieges. Hier liegen die Ursachen für die Teilung Europas und eben auch Berlins und Deutschlands. Die Überwindung der Teilung Europas steht damit in einem engen Zusammenhang mit der deutschen Frage - aber es wird auch keine Überwindung der europäischen Teilung ohne deutsche Einheit geben. Die Teilung unseres Landes in der Mitte des Kontinents war unnatürlich und damit stets ein potentiell Spannungsfeld. Die Überwindung dieser Spannungsursache macht auch die Lage in Europa sicherer. Unsere Deutschlandpolitik ist daher stets Europa- und Friedenspolitik gewesen.

## **VI. DEUTSCHLAND UND EUROPA**

Die Überwindung der deutschen und europäischen Teilung mag in unterschiedlichen Geschwindigkeiten vollzogen werden; eine mechanische Politikvorstellung wäre sicher nicht realistisch. Aber es ist auch klar, dass es sich hier um Teile eines Prozesses handelt, die man nicht grundsätzlich trennen kann, will man nicht den Prozess insgesamt gefährden.

### **Die Ostpolitik des Westens**

Dieser Prozess hat nicht von ungefähr eingesetzt. Sein Beginn liegt weiter zurück, als es zunächst den Anschein hat. Er fällt zusammen mit der Einsicht von Teilen der sowjetischen Führung, dass die sehr konkreten Freiheitsbestrebungen in den osteuropäischen Staaten nicht dauerhaft unterdrückt werden konnten und dass es für die Sowjetunion unmöglich sein würde, den technologischen, wirtschaftlichen und politischen Wettlauf mit den westlichen Demokratien durch eine Politik der militärischen Stärke und Unterdrückung zu bestehen. Dies trug wesentlich dazu bei, dass Gorbatschow möglich wurde.

Seine Vorgänger und Opponenten hatten die Politik der 70er Jahre bestimmt. Auf westlicher Seite waren diese Jahre gekennzeichnet durch eine Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion bzw. der DDR, die beide Führungen mit massiver Aufrüstung und im Falle der DDR mit zusätzlicher innenpolitischer Abgrenzung beantworteten. In diesen politischen Kontext gehören die imperialistischen Ambitionen der östlichen Führungsmacht in der sogenannten Dritten Welt, im besonderen der brutale Überfall auf das Volk von Afghanistan.

Mit der praktischen Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses beantworteten die westlichen Demokratien unter Führung der USA die Aufrüstungsoffensive der Sowjetunion. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die diesen Beschluss im Bundestag einst mitgefasst hatte, besaß im entscheidenden Augenblick nicht mehr die politische Stärke, der Offensive Breschnews entgegenzutreten; ihr Kanzler Schmidt stürzte über diese Frage. Sein Nachfolger Helmut Kohl hat sich der Herausforderung gestellt und die innenpolitisch unpopuläre Stationierungsentscheidung getroffen. Diese Politik war richtig: Der Sowjetunion wurde klargemacht, dass sich der Westen weder einschüchtern noch erpressen lassen würde, dass der Westen aber zu einer ausgewogenen Abrüstungspolitik bereit war. Der damals heftig kritisierte Grundsatz Helmut Kohls: „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ ist längst internationale Politik geworden.

Zur gleichen Zeit wurde der europäische Einigungsprozess entscheidend vorangetrieben, der politische und wirtschaftliche Erfolg der westeuropäischen Demokratien war unübersehbar. Der Erfolg und die Anziehungskraft des demokratischen Modells in Westeuropa trugen dazu bei, dass sich die Völker Osteuropas mutig auf ihre Zugehörigkeit zur europäischen Völkerfamilie besannen. Die sowjetische Führung musste erkennen, dass sie das westliche Niveau nicht erreichen konnte, vielmehr immer weiter zurückfallen musste, wäre sie nicht zu einschneidenden wirtschaftlichen und politischen Reformen bereit.

Hier liegen ganz wichtige Gründe dafür, dass Gorbatschow und dass seine Politik möglich wurden. Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, dieser Mann handle nur altruistisch oder er sei ein engagierter Demokrat, der ohne Einschränkung westlichen Idealen anhänge. Beides trifft so nicht zu. Aber im gleichen Gedankengang müssen wir diesem Politiker innenpolitischen Erfolg wünschen. Erfolg bei seinen ökonomischen und politischen Reformen, von denen auch viel für Europa und Deutschland abhängt.

## **Geistige und religiöse Impulse**

Die Veränderungen in Osteuropa, die durch die sowjetische Führung zugelassen wurden, haben freilich nicht nur mit Machtkämpfen in der KPdSU zu tun, mit dem ökonomischen und politischen Wettbewerb zwischen den Systemen, mit Rüstungs- oder Abrüstungsfragen. Die Veränderungen der 80er Jahre haben, wie ich fest glaube, auch eine geistige und religiöse Dimension.

Vielleicht werden wir aus der zeitlichen Distanz angemessen beurteilen können, welche historische Bedeutung der erste Papst aus dem Osten hat, ein Papst, der über konkrete Erfahrungen mit dem Kommunismus verfügt. Er vermittelte Sicherheit und eine neue Zuversicht; er glaubt an die geistige Erneuerung des Westens und die Überwindung des sozialistischen Materialismus im Osten — eines Materialismus, der nicht einmal eine Konsumperspektive bot, sondern lediglich geistige Deformation. Dieser Papst ist weit über die katholische Kirche hinaus zu einem Symbol christlicher Zuversicht und christlichen Freiheitswillens geworden. Der Aufbruch in den sozialistischen Staaten begann in seiner Heimat Polen, und ohne ihn wäre die Entwicklung in Polen kaum denkbar.

Die ehemals sozialistischen Staaten, Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und andere, sind auf dem Weg zurück nach Europa — einem Europa, das immer noch und wahrscheinlich stärker als vor zwei Jahrzehnten eine große geistige und politische Anziehungskraft ausübt. Dass die Menschen damit auch wirtschaftliche Hoffnungen verbinden, ist moralisch legitim und verständlich.

## **Das Europäische Haus der Freiheit**

Wir haben am Ende dieses Jahrhunderts, das so unendlich viel Leid gerade in Europa gesehen hat, die historische Chance, einem neuen und tragfähigen Ausgleich auf unserem Kontinent näherzukommen, ihn zu erreichen.

Es ist in den letzten Jahren viel von dem „Europäischen Haus“ gesprochen worden, das es zu bauen gilt. Schöpfer dieses Begriffs ist aber nicht der sowjetische Präsident Gorbatschow, sondern der erste, bei dem ich das faszinierende Bild gefunden habe, war der Christdemokrat Konrad Adenauer. Der praktizierende Katholik Adenauer fügte, seinem Menschenbild und Weltverständnis entsprechend, einen entscheidenden Begriff hinzu: dieses Europäische Haus müsse ein Haus der Freiheit sein. Das ist es, worauf es ankommt.

Aber es scheint mir auch interessant festzustellen, in welchem Zusammenhang dieser oft verkannte Patriot und weitsichtige Politiker das Wort gebrauchte: vor Hunderttausenden heimatvertriebener Schlesier nämlich, im Juni 1961, wenige Wochen vor der sozialistischen Einmauerung von über 16 Millionen Deutschen.

Adenauer verband dieses Bild mit der Hoffnung auf einen Ausgleich gerade auch mit unseren polnischen Nachbarn, nachdem der Ausgleich mit Frankreich auf gutem Wege war und schließlich zu einer Freundschaft führte, die für die Generation unserer Väter noch ganz unvorstellbar schien. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde zu einem Kernstück der europäischen Integration, und oft hat sie, um ein Wort des französischen Außenministers Dumas aufzugreifen, als ihr Motor gewirkt.

## **VII. ZUM DEUTSCH-POLNISCHEN VERHÄLTNIS**

Es ging und geht aber nicht nur um Frankreich und Westeuropa. Wie Konrad Adenauer will auch Helmut Kohl ein neues Verhältnis zum polnischen Volk. Er will mehr als einen *Modus vivendi*. Der Kanzler, die Bundesregierung, wir alle wollen die Aussöhnung mit unseren polnischen Nachbarn. Wir wissen, welches Leid über die Polen gekommen ist durch den Krieg, den die Nationalsozialisten begonnen haben. Die Aussöhnung ist politisch notwendig, sie ist moralisch notwendig.

### **Forderung nach historischer Wahrhaftigkeit**

Die Aussöhnung kann man aber nur bedingt über Verträge erreichen. Verträge zwischen Regierungen sind eine wichtige Sache - aber die Versöhnung ist eine Sache der Regierungen *und* der Völker! Sie kann nur wirklich gelingen auf der Grundlage der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit. Soweit es die Geschichte unserer Völker betrifft und ihre gegenseitigen Beziehungen, kann die Wahrheit nicht mit dem 8. Mai 1945 enden, soll die Versöhnung Wirklichkeit werden.

Übergriffe, Untaten, verbrecherische Politik kann und darf man nicht gegeneinander aufrechnen. Aber es ist unser Recht und unsere Pflicht gegenüber den Toten der Vertreibung und gegenüber jenen, die dieses Unrecht überlebten, auf der ganzen Wahrheit zu bestehen.

Der Hinweis auf die Erklärung der polnischen Bischöfe von 1965 wird nicht genügen, solange die polnische Politik dem nicht folgt, etwa im Umgang mit der deutschen Minderheit. Stimmen wie die des Publizisten Jan Jozef Lipski oder des Oppelner Bischofs Nossol sind ermutigend, aber wir alle würden uns wünschen, dass sie eine Mehrheit in Gesellschaft und Kirche Polens repräsentierten.

### **Abbau aller Feindbilder**

Polen und unsere polnischen Nachbarn haben keinen Grund, uns und unser bald wieder vereintes Land zu fürchten. Der Bundeskanzler, die Bundesregierung und der Bundestag haben zu allen Fragen, die unsere beiderseitigen Beziehungen betreffen, klar Stellung genommen. Unsere polnischen Nachbarn sollten auf das hören, was Helmut Kohl gesagt hat und sagt, und nicht auf das, was andere aus nicht immer aufrichtigen Motiven in seine Worte hineinlegen.

Es gibt auch keinen Grund, von polnischer Seite alte Feindbilder zu pflegen oder neue Feindbilder aufzubauen. Das gilt besonders für die von der kommunistischen Propaganda als „Revanchisten“ diffamierten Heimatvertriebenen. Vor fast 40 Jahren, am 5. August 1950, haben sie bereits in ihrer Charta im „Gedenken an das unendliche Leid“, das über die Menschheit gebracht worden sei, feierlich „auf Rache und Vergeltung“ verzichtet.

Es darf keine Vertreibung mehr geben, und wir Deutschen werden uns an keiner Vertreibung beteiligen. Wir wollen den Frieden von ganzem Herzen. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte am 17. Januar dieses Jahres in Paris: „Niemand will eine zweite Vertreibung nach den Schrecken der Vertreibung, die die Deutschen an ihrem eigenen Leib erfahren haben.“

Ich füge von mir aus hinzu: Das entspricht den Zielen der deutschen Heimatvertriebenen, die seit Jahrzehnten genau dies immer wieder gesagt haben. Die Polen werden mit ihrer eigenen leidvollen Geschichte und im Gedenken an ihre Siedlungsgebiete um Wilna und Lemberg gut

verstehen, was dies bedeutet. Es bedeutet ja nicht mehr und nicht weniger, als dass wir bereit sind, unsere Heimat mit den Polen zu teilen.

## VIII. OFFENE GRENZEN IN EUROPA

Wenn wir Rückschau halten auf das nun zu Ende gehende Jahrhundert, dann hat die vor zweihundert Jahren aus dem Gedankengut der Französischen Revolution entstandene Leitidee des homogenen Nationalstaates in ihrer totalen und nationalistischen Übersteigerung unendliches Leid verursacht. Sie passt eben nicht für Mitteleuropa, wo seit Jahrhunderten mehrere Nationalitäten miteinander in einer Region wohnen. Immer wieder — bis in unsere Tage hinein - wurde versucht, Staat und Nation dadurch zur Deckung zu bringen, dass die herrschende Nation fremde Volksgruppen unter Anwendung psychologischen Drucks oder nackter Gewalt zum Verlassen ihrer Heimat zwang. Seit 1913 traf dieses grausame Schicksal in Europa u. a. viele Millionen Türken, Bulgaren, Ukrainer, Weißrussen, Juden, Griechen, Polen, Finnen und nicht zuletzt Deutsche. Wir Deutsche sind dabei Täter und Opfer, Vertreiber und Vertriebene zugleich gewesen. Dem Frieden hat diese nationalistische Politik der europäischen Staaten nicht gedient, denn Frieden hat wenig mit der willkürlichen Festlegung von Grenzen, aber viel mit der Achtung vor dem Recht von Menschen und Völkern sowie ihrer Geschichte zu tun.

Frieden und Gerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Es muss gerecht zugehen, es muss Gerechtigkeit herrschen, wenn man einen Frieden will, der mehr ist als ein Zustand, in dem nicht geschossen wird. Das Menschenrecht auf die Heimat - nicht auf irgendeine, sondern auf *die* Heimat - gehört untrennbar dazu. Wer Menschen aus ihrer Heimat vertreibt oder ihnen die Heimat zur Fremde macht, der ist nicht gerecht und dient nicht dem Frieden.

Die deutsch-polnische Grenze, die in der Tat 800 Jahre europäischer Geschichte auf den Kopf stellt, kann doch nur dann eine wirkliche völkerverbindende Funktion haben, wenn sie die Vergangenheit endgültig abschließt und Raum gibt für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und für Zusammenleben, für eine gemeinsame europäische Zukunft. Polen wäre jedenfalls gut beraten, wenn es im Vorgriff auf die ohnehin kommende Freizügigkeit in Europa schon jetzt entsprechende Möglichkeiten für ein Modell des Miteinander im europäischen Geiste eröffnen würde.

### **Deutschland ist keine Bedrohung**

In wenigen Jahren will Polen der Europäischen Gemeinschaft angehören. Das hätte dann sowieso offene Grenzen, volle Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft und den Schutz der Menschen rechte zur Folge. Spätestens damit wären natürlich Vertreibung oder Rückvertreibungen und die gewaltsame Durchsetzung von Gebietsansprüchen sinnlos und darüber hinaus auch praktisch unmöglich.

Polnische Ängste, von denen manche sprechen und die sie damit planvoll schüren, sind völlig abwegig. Wie könnten die Deutschen Gewalt gegen einen ihrer Nachbarn anwenden? Selbst wenn sie es wollten, könnten sie es nicht, weil die Bundeswehr bekanntlich in die internationale Organisation der NATO völlig integriert ist.

Dennoch sind polnische Sorgen um den Bestand der Grenze zumindest psychologisch verständlich. Die Polen wissen natürlich, dass es für diese Grenze keine historische oder völkerrechtliche Grundlage gibt und dass eine der beiden deutschen Grenzen, die im Moskauer Vertrag von 1970 scheinbar für alle Zeiten festgeschrieben wurden, sich in diesen Tagen buchstäblich in Luft aufgelöst hat.

Objektiv ist die Situation an Elbe und Oder gewiss nicht vergleichbar. Aus meiner Sicht sollte es für Polen angesichts des gesamteuropäischen Zusammenwachsens wichtigere Probleme geben als die Regelung von Grenzen. Deutschland ist keine Bedrohung, für niemanden.

## **Ein europäischer Bundesstaat**

Das Gebot unserer Zeit ist nicht die Zementierung von Grenzen, sondern die Errichtung einer Ordnung, die Grenzen überwindet. Einer Ordnung, in der die Völker und Volksgruppen ihre Eigenart dort bewahren und leben können, wo ihre Heimat ist. Und zwar ganz unabhängig vom Verlauf staatlicher Verwaltungsgrenzen.

Wenn Europa zusammenwachsen und aus Nachbarn Freunde werden sollen, dann darf man Probleme nicht unter den Teppich kehren, weil sie dann jederzeit wieder hervorkommen und zu einer schweren Belastung für die Zukunft werden können.

Ich hoffe und wünsche, dass die vor uns liegenden Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands und Europas zu Entscheidungen führen, die die Zustimmung der betroffenen Völker finden und vor der Geschichte Bestand haben. Dabei geht es um die Rechte der Menschen und Völker, um Geschichte, Gegenwart und Zukunft, vielleicht auch um offene Rechnungen mancherlei Art, und zwar nicht nur auf einer Seite.

Dabei braucht uns niemand zu belehren, dass man das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen könne. Das wäre ein ebenso untauglicher Versuch wie der jetzige, es an einem Stichtag 1990 anhalten zu wollen. Das Rad der Geschichte dreht sich unaufhaltsam weiter, wie es nicht zuletzt die aktuellen Ereignisse dieser Tage zeigen. Mein Eindruck und meine Hoffnung ist, es dreht sich in Richtung auf ein vereintes Europa, in dem Grenzen nicht mehr trennen, in dem niemand mehr aus seiner Heimat flüchten muss und jeder - ganz unabhängig von Verwaltungsgrenzen - seine nationale Identität bewahren kann.

Die Völker Ostmitteleuropas haben die kommunistischen Diktaturen abgeschüttelt und der Freiheit zum Durchbruch verhoifen. Sie haben die Politiker gezwungen, die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas auf die Tagesordnung der Politik zu setzen. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Aufgabe wie folgt beschrieben: „Unser Fernziel sind die Vereinigten Staaten von Europa als europäischer Bundesstaat.“

## **Verbrechen der Vertreibung**

Der Bundeskanzler hat hier ein Ziel gesetzt, das vor kurzem noch in weiter Ferne zu liegen schien. Heute sind wir längst auf dem Weg dahin. Wir sehen, dass an der europäischen Einheit kein Weg vorbeiführt. Denn das Trümmerfeld, das der Kommunismus überall hinterlassen hat, ist nur in einer gemeinsamen europäischen Kraftanstrengung zu beseitigen. Zu diesem Trümmerfeld gehören auch die unsichtbaren Gebirge aus Leid und Schuld, die zwischen Deutschen und Polen stehen und die von beiden Seiten aufgetürmt worden sind. Wir können und wir sollten sie nicht vergessen und nicht verschweigen, und wir können sie auch nicht abtragen oder ungeschehen machen. Aber wir können ihnen den trennenden Charakter nehmen, in dem wir den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt durchbrechen.

Die gewaltsame Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat ist ein durch nichts zu entschuldigendes Verbrechen. Wir Deutsche sind Opfer solcher Vertreibungen gewesen, aber Deutsche haben auch selbst Menschen vertrieben, darunter Polen aus dem Korridor. Was immer zu den deutschen Grenzen gesagt oder beschlossen werden wird: Ein Sichabfinden mit

unrechtmäßig zustande gekommenen Grenzen darf niemals bedeuten, dass damit etwa auch die Vertreibung sanktioniert würde. Dazu können wir unsere Hand nicht reichen.

Und wir könnten auch nicht schweigen, wenn die deutsche Geschichte und Kultur Ostdeutschlands verschwiegen würde. Niemand sollte von uns erwarten, dass wir unsere eigene vielhundertjährige Vergangenheit verleugnen. Sie ist und bleibt ein Teil unserer Identität, die wir nicht aufgeben können und nicht aufgeben werden.

## **IX. DIE LEISTUNG DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN**

Kürzlich schrieb eine amerikanische Zeitung: „Die Welt weiß alles darüber, was die Deutschen getan haben, aber sie weiß nichts darüber, was den Deutschen angetan wurde. Und doch sind diese Verbrechen in den Herzen dieser Menschen noch genauso lebendig wie für uns Pearl Harbor. . .“

Dennoch haben die Vertriebenen auf Rache verzichtet. Das ist das historische Verdienst dieser Menschen, die besonders schwer an den Folgen des Krieges zu tragen haben.

Die gewählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen haben im Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit zum christlichen-abendländischen Kulturkreis und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker gehandelt. Sie haben diese feierliche Erklärung als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas angesehen. Sie haben auf Rache und Vergeltung verzichtet und sich 40 Jahre lang konsequent an diese Verpflichtung zur Friedenspolitik gehalten. Wer sie dennoch als Revanchisten bezeichnet, hat ihre Charta nie gelesen oder ihren Geist zumindest nicht begriffen.

Die Heimatvertriebenen haben feierlich versprochen:

*„Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“*  
Und: *„Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.“*

Dieses Dokument lebt vom Gleichklang, ja vom Einklang, von der Übereinstimmung nationaler und europäischer Politik — wie die Präambel unseres Grundgesetzes.

Dort heißt es:

*„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen...“*

Dies ist eine Verfassung, die den gleichberechtigten Geist Deutschlands und Europas atmet, dies ist ein Grundgesetz, mit dem das deutsche Volk seine nationale und staatliche Einheit wahren und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden will, und dessen Verfassungsväter gleichzeitig von dem Willen beseelt waren, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Jedes Wort in dieser Präambel ist wohlüberlegt und von zeitloser Bedeutung. Ihre Einmaligkeit und Großartigkeit müssen auch bei der jetzt erforderlichen Überarbeitung erhalten bleiben.

Für mich steht die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 gleichberechtigt neben dieser auch sprachlich so schönen Präambel.

Sie ist ein Dokument von gleichem moralisch-politischem Rang, zu dessen Geist und Inhalt sich der Bundeskanzler wieder und wieder bekannt hat.

### **Unverlierbare Heimat**

„Wir haben unsere Heimat verloren“, schrieben ihre Autoren schon vor 40 Jahren in die Charta. Stimmt das? Haben wir unsere Heimat verloren?

Faktisch ist es so. Ich habe meine Vaterstadt Königsberg, die ich mehr als 45 Jahre lang nicht betreten durfte, tatsächlich weitgehend verloren. Das unzerstörte herrliche Königsberg, das noch vor dem geistigen Auge des damals Siebenjährigen steht, gibt es weitgehend nicht mehr. Wir Ostdeutschen sind keine Träumer. Wir bilden uns nicht ein, dass unsere Heimat je wieder so entstehen könnte, wie sie in unserer Erinnerung lebt. Wer sich vor über 25 Jahren zu der Feststellung durchgerungen hat, die in seiner Heimat unrechtmäßig angesiedelten Menschen fremder Nationalität dürften nicht vertrieben werden, der braucht keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Friedensbereitschaft und Realitätserkenntnis. Das bedeutet aber doch nicht, dass wir nicht wüssten, was das Völkerrecht zu diesen Realitäten sagt. Gerade in diesem Wissen liegt ja die eigentliche sittliche Bedeutung jener Erklärung der ostdeutschen Landesvertretungen.

Die Heimatvertriebenen müssen nach vorne sehen! Wir können uns in einem kommenden Europa nicht verweigern, sondern wir müssen daran aktiv mitbauen, weil zu diesem Europa auch unsere Heimat gehört.

Ich fühle mich unserem gemeinsamen Anliegen unverändert eng verbunden. Meine Vaterstadt bleibt Königsberg, meine Heimat bleibt das Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen. Das Recht auf die Heimat ist ein Menschenrecht, das uns niemand nehmen kann. Es lohnt sich, für eine gute europäische Zukunft unserer Heimat zu arbeiten, für unsere Kultur, unsere Geschichte. Das Land bleibt, wie es war. Unsere Heimat ist unvergänglich. Je durchlässiger, je weniger trennend, je unsichtbarer, je europäischer Grenzen werden, desto näher kommen wir unserer Heimat. Dies ist das realistische, das unwandelbare Ziel.

## **X. SELBSTBESTIMMUNG AUCH FÜR DIE DEUTSCHEN**

Wir wissen, dass wir für die Lösung unserer nationalen Frage das Verständnis und die Unterstützung unserer Nachbarn benötigen. Unsere Bereitschaft zum friedlichen Neben- und Miteinander kann keinem vernünftigen Zweifel unterliegen. Wir hoffen, dass der europäische Prozess allen Grenzen in Europa den trennenden Charakter nehmen wird. Dies muss unser Ziel sein - ein Ziel, das wir im Westen Europas in hohem Maße erreicht haben.

Es kann kein demokratisches und aufeinander zugehendes Europa geben, in dem die Deutschen behindert oder gar gehindert werden, die ihnen aufgezwungene Spaltung zu überwinden. Unser Wunsch nach staatlicher Einheit richtet sich gegen niemanden, und ich weiß auch keinen verantwortlichen Politiker in Europa, der dies tatsächlich glaubt.

Wir Deutschen wollen in Frieden und Freiheit einen Staat bilden, von dem nie mehr ein Krieg ausgehen wird. Die Deutschen fordern für sich nicht mehr, als sie allen anderen Völkern zugestehen.

### **Westliche Wertegemeinschaft**

Wir wollen unsere innerstaatliche Ordnung frei bestimmen, und dies haben die Siegermächte verstanden und akzeptiert. Wir alle - die Deutschen in der Bundesrepublik im Jahre 1949, die Deutschen in der DDR am 18. März 1990 - haben uns für eine Demokratie entschieden, die westlichen politischen Traditionen folgt. Als Teil des einigen Deutschlands werden die Länder, die auf dem Boden der heutigen DDR entstehen, wie die westdeutschen Länder und die Bundesrepublik Deutschland, der westlichen Wertegemeinschaft angehören.

Dem Schutz dieser Wertegemeinschaft dient die Nordatlantische Verteidigungs-Organisation - sie dient keinem anderen Zweck. Diesem Bündnis wird das eine Deutschland angehören. Ich bin sicher, dass wir einen Weg finden, der diese Entscheidung für die Sowjetunion verständlich und annehmbar macht. Sicher werden dabei nicht nur deutsche bzw. deutsch-sowjetische, sondern auch europäische Sicherheits- und Abrüstungsüberlegungen eine wichtige Rolle spielen. In dem Ziel einer NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands sind sich Regierungskoalition und die Sozialdemokraten in Bonn ebenso einig wie in der Feststellung, dass unser Land der Europäischen Gemeinschaft angehören wird.

Auch hier zeigt sich im übrigen, dass der Vereinigungsweg über den Artikel 23 des Grundgesetzes realistisch der einzig gangbare ist: Nur dieser Weg schließt zum Beispiel das Risiko aus, dass sich das vereinte Deutschland erst förmlich um eine Aufnahme in die EG bemühen müsste — mit langwierigen und politisch wie wirtschaftlich schwierigen Konsequenzen. Die Probleme, die sich aus der Zugehörigkeit der DDR zu übernationalen Gemeinschaften ergeben, werden lösbar sein.

### **„Söhne und Töchter eines liebenden Gottes“**

Deutschland wird seine Einheit finden, und dies wird angesichts der Geschichte, der Geographie, des kulturellen und wirtschaftlichen Umfeldes unseres Landes nur im europäischen Rahmen geschehen können. Deutschland braucht Europa, und Europa braucht Deutschland.

Aber unser Weg zur deutschen Einheit darf nicht nur der Lösung rechtlicher, technischer oder materieller Fragen dienen. Wir müssen uns auch besinnen auf die ethischen Werte, die für

unterschiedlich lange Zeit in den verschiedenen Teilen unseres Vaterlandes verschüttet schienen. Lassen Sie mich ein Wort von Papst Johannes Paul II. aufnehmen:

„Die Lebensqualität einer Nation oder jedweder Gemeinschaft hängt von der Anwesenheit oder Abwesenheit von Frieden und Freundschaft ab. Wo eine Atmosphäre des Friedens herrscht, dort erwachsen gewaltige Energien für das Gute, die den Menschen Freude und Schaffenskraft schenken und ihnen helfen, sich zur vollen Reife zu entfalten und als Söhne und Töchter eines liebenden Gottes zusammenzuarbeiten. Wo wahrer brüderlicher Zusammenhalt herrscht, da werden die Rechte der Schwachen und Wehrlosen nicht verletzt, vielmehr werden die Würde und das Wohl aller geschützt und gefördert. Und Frieden kann nur da herrschen, wo es Gerechtigkeit und Freiheit und wahre Achtung für die Natur des Menschen gibt.“